

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 1

Artikel: Auswege aus einer verfahrenen Situation : Betrachtungen und Vorschläge zur Frage der Überfremdung
Autor: Roth, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079145>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von Daniel Roth

Euer Sinn muß unsere Bühne schmücken

ter den Händen dieser Verwandlungskünstler Wirklichkeit geworden. Aus den Röhren hatten sie eine Art Käfig, der zugleich eine Dusche war, zusammengeschraubt. Der starke Erfolg ihrer Aufführung war vor allem der szenischen Wirkung zuzuschreiben.

Als wir – unter dem Sammeltitle «Kurse für Zeitgenossen» Hörspiele und Einakter von Dürrenmatt spielten, stellte sich uns ein technisches Problem besonderer Art. Jener unselige Fürchtegott Hofer, der den berühmten Schriftsteller Korbes des Mordes in einigen zwanzig Fällen überführt, muß am Schluß vom Balkon in den Hotelgarten zu Tode stürzen. In unserem flachen Gewölbe fehlt es an Fallhöhe. Wir bauten also ein Balkongeländer an die Rampe rechts, da, wo die Zuschauer von der Bühne her über drei Stufen in den Zuschauerraum gehen können. Der Schauspieler des Hofer mußte ängstlich darüber klettern und sich dann unmittelbar neben dem vordersten Stuhl rechts zu Boden fallen lassen. Hierauf hatte er sich mäuschenstill und reglos zu verhalten. Erst wenn der Schlußbeifall kam, durfte er sich erheben und auf die Bühne zurückgehen.

Die Wirkung war befriedigend, aber ich habe jeden Abend für den Schauspieler gebangt, der hier ein halbrecherisches Kunststück vollbringen mußte. Und einmal, in einer der letzten Vorstellungen, saß zufälligerweise auf dem vordersten Stuhl rechts ein stadtbekannter Arzt, und ich sah wohl, daß er in den letzten Minuten der Aufführung zwischen der Aufmerksamkeit für die Bühne und dem Entschluß schwankte, dem neben seinem Sitzplatz am Boden liegenden Fürchtegott Hofer erste Hilfe zu leisten.

Bei Shakespeare, in «Heinrich V.», fordert der Chorus das Publikum auf, es möge mit seinen Gedanken die Mängel der Szene ergänzen:

«Denkt, wenn wir Pferde nennen, daß ihr sie

Den stolzen Huf seht in die Erde prägen:

Denn euer Sinn muß unsre Kön'ge schmücken.»

Darauf, auf das Mitdenken und die Einbildungskraft des Publikums wie derer, die hier Theater machen, sind die Kleinstbühnen vor allem angewiesen. Und erfreulich ist es zu erleben, daß diese Kräfte uns zu Hilfe kommen, gerade dann, wenn wir meinen, die Widerstände seien unüberwindlich.

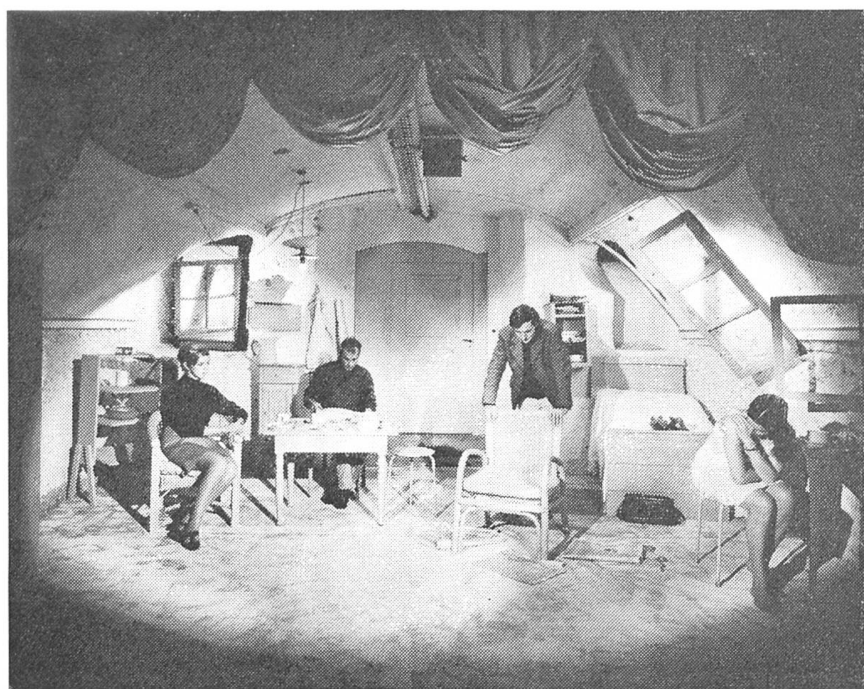
Diese sich seit Februar im Schweizer Spiegel abspielende Aussprache bringt uns so viele Zuschriften, daß wir Hochinteressantes nicht veröffentlichen können. Manche Briefe spiegeln freilich auch die Affekte beider Seiten wider.

Da erklärt ein Bauunternehmer, die Stellungnahmen von Lesern in der August-Nummer seien «primitiv», böten «kein einziges vernünftiges Argument» und seien «allein geeignet, den Fremdenhaß zu schüren». Diese Beiträge stammten von einem dipl. Bau-Ing. ETH, einem kultivierten Basler Arzt und einem der bekanntesten Schweizer Buchhändler. Was der Arzt auf Grund von Patientenaussagen festhielt: die Südländer seien lärmig, viele drückten sich, wenn es gehe, und man lasse ihnen mehr durch als den Schweizern – das wurde im Schweizer Spiegel längst von Dr. med. Hans Stauffer ausführlich geschildert. Ein aargauischer Großrat meinte einmal, es seien eben Philosophen. Mit Haß hat das alles nichts zu tun.

Und wenn jener Bauunternehmer drei anderen Akademikern vorhält, sie wären auch nicht dafür zu haben, in einer Gießerei mitzuarbeiten, so wäre zu fragen: sind Schweizer dafür um keinen Lohn zu kriegen? Kein Mensch meint, mit den paar Gedanken in der August-Nummer lasse sich das Ausländerproblem lösen. Aber wenn der Wiedereinsatz von Pensionierten nur ganz wenig hilft, was spricht dann gegen den Gedanken? Es kann im übrigen nicht darum gehen, Fremdarbeiter Branchen zu entziehen, die – wie das Baugewerbe – schon immer darauf angewiesen waren.

Gegenüber andern Einsendern muß ich festhalten: für meine Haltung habe ich von Katholiken eher mehr Zustimmung gefunden als von Protestanten, weil jene die Schwierigkeiten des Problems in ihren Kirchgemeinden ständig erfahren.

Angeführt sei noch ein Passus aus einer offiziellen Stellungnahme von Dr. James E. Haefely, Präsident des Zentralverbandes der Arbeitgeber:



«Blick zurück im Zorn» von John Osborne, Regisseur Jost Müller, mit den noch jüngeren (v.l.n.r.) Ursula Hächler, Gregor Vogel, Alfred Huber und Silvia Muntwyler.

aus einer verfahrenen Situation

Betrachtungen und Vorschläge
zur Frage der Überfremdung

Auch hier wird eine neue, eine

Dauerlösung intensiv gesucht:

Wenn die Arbeitgeberschaft die Überfremdungsinitiative II entschieden ablehnt und vom Schweizervolk ein eindeutiges Verdikt über die unschweizerische Fremdenfeindlichkeit erwartet, dann geschieht dies nicht in der Absicht, nach der kommenden Flurbereinigung für einen weiteren Ausländerzustrom einzutreten. Der Zentralverband hat sich zum Grundsatz der Stabilisierung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer bekannt, und er wird an diesem Grundsatz auch dann festhalten, wenn die Initiative verworfen wird. Es kann keine Rede davon sein, daß nachher die Grenzen wieder geöffnet würden, um den Arbeitsmarkt zu entlasten und die vielen sich in echten Schwierigkeiten befindenden Betriebe, Branchen und Regionen auf diese Weise von ihren Personalproblemen zu befreien.

Auch nach einer Verwerfung der Fremdarbeiterinitiative werden wir weiterhin eine behördliche Fremdarbeiterpolitik brauchen, mindestens so lange die Nachfrage nach Arbeitskräften das in der Schweiz verfügbare Arbeitskräftepotential übersteigt. Alle Zukunftsprojektionen deuten darauf hin, daß dies wahrscheinlich noch Jahrzehnte der Fall sein wird. Die Wirtschaft wird noch lange damit rechnen müssen, daß nicht so viele Arbeitskräfte vorhanden sind, wie sie beschäftigen könnte, nicht so viele Schweizer und auch nicht so viele Ausländer. Diesen Faktor werden die Betriebe in ihren Zukunftsprogrammen zu berücksichtigen haben, wenn sie auf dem Boden der wirtschaftlichen und politischen Realitäten bleiben wollen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß wir auf Jahrzehnte eine behördliche Fremdarbeiterpolitik benötigen werden, zwingt auch, diese auf eine dauerhafte Grundlage auszurichten und so zu gestalten, daß ihre tragenden Merkmale nicht weiter von zufallsbedingten Faktoren abhängig sind. Der

Staat hat in erster Linie die Rahmenbedingungen zu setzen und sich möglichst weitgehend der Einzeleingriffe in die Betriebe zu enthalten. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitgeberpolitik der nächsten Zeit sein, in Abwägung der vielfältigen Interessen der Wirtschaft und der weit auseinandergehenden Postulate der verschiedenen Branchen und Betriebe einen für das ganze Land sinnvollen Ausgleich zu finden, der sich – und dies sei noch einmal unterstrichen – im Rahmen der Stabilisierung der Gesamtzahl der erwerbstätigen Ausländer hält.

Ökonomischer Selbstmord?

Im Wochenkommentar der «Technischen Rundschau» vom 27. Juni hieß es, sinngemäß gekürzt:

Das Wort fiel im Ständerat. Als Bundesrat H. Schaffner auf die Überfremdungsinitiative zu sprechen kam, meinte er, die Abstimmung werde die Schweizer vor die Frage stellen, ob sie ökonomischen Selbstmord machen wollten. Ein Abbau des Ausländerbestandes in dem postulierten Ausmaß mache die Wirtschaft «funktionsunfähig».

Eine Frage muß sich da zwangsläufig auf die Zunge legen:

Was ist das eigentlich für eine Wirtschaftspolitik, die es dazu kommen ließ, daß die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft abhängig geworden ist von einem Massenheer von Ausländern, so sehr, daß, ginge auch nur ein Drittel wieder in ihr Heimatland zurück, alles außer Rand und Band geriete, der Organismus einem Ermordeten gliche, einem Leichnam?

Es wäre denkbar, daß wegen politischer Verwicklungen Italien oder Spanien seine militärdienstpflichtigen Leute unter die Fahnen rief, nicht bloß ein Drittel, sondern alle.

Dieses Kalkül hat man überhaupt nie gemacht? Dann wäre *gouverner sans prévoir* während Jahren unser Leitmotiv gewesen. Dann wäre dem Selbstmord ein Verhalten vorangegangen, das grobfahrlässig das Land ei-

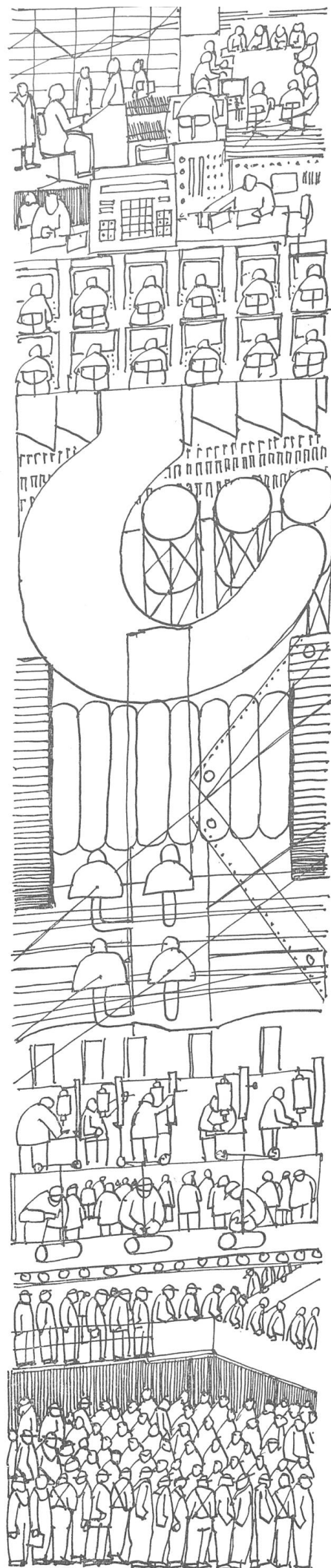


Illustration Toni Businger

Auswege aus einer verfahrenen Situation

nem Status entgegentrieb, bei dem es nicht mehr Herr seines Schicksals ist.

Wenn wie tägliche Scheidemünzen das Wort umgeht, ohne eine Hypertrophie des Fremdarbeiterbestandes könnte die Schweiz sich überhaupt nicht des Wohlstandes erfreuen, so muß – unter rein ökonomischen Aspekten – erwidert werden, daß es sich um Falschgeld handelt. Den höchsten Lebensstandard in Europa weist Schweden auf, ein Land, wo der Bestand an ausländischen Arbeitskräften, verglichen mit dem schweizerischen, minim ist. Kennt Schweden keine Hochkonjunktur? Hat es keine florierende Industrie? Keine Hotellerie? Keine Neubauten, keine Spitäler, keine Schulhäuser?

In den Prospektiven der Futurologen, die bis ins Jahr 2000 reichen, erscheint Schweden in Europas Wirtschaft als *Spitzenreiter*.

Weil nämlich die Schlacht um die Zukunft ganz anderswo geschlagen wird. Mit *Investitionen in die Tiefe*, nicht in die Breite.

Und die Arbeit, die schmutzige Hände macht? Der daher die jungen Schweizer aus dem Wege gehen, wie man sagt. Durch die Maschine läßt sie sich in weiten Bereichen substituieren. Auch bei uns schon lassen sich die Hotelgäste die Schuhe in Selbstbedienung durch die Maschine putzen, finden sie vereinzelt im Kühlschrank des Zimmers verschiedenste Getränke, sitzt im Bahnhof ein Chauffeur an einer Maschine, welche die Böden reinigt. Wer noch im dunkeln tappt, erführe in Schweden oder in den USA, daß unbeliebte Arbeit nicht möglichst schlecht, sondern möglichst gut bezahlt werden muß.

Im übrigen: auch die Ausländer gießen nicht nach besonders schmutzigen Händen. Auch sie bücken sich in den Rebbergen nicht lieber als wir (weshalb in der Toscana bereits aus Spanien Arbeitskräfte importiert werden!). Hoteliers sagten uns, Anstellungen als Abwascher, Putzer und ähnliches würde von den meisten Gastarbeitern nur als Durchgangsstation betrachtet: stets auf der Lauer, auf eine andere,

höhere Sprosse zu springen (was auch verständlich ist). So daß, liebe man sich nicht etwas anderes einfallen, die permanent Abspringenden durch *permanenten Zuzug ersetzt* werden müßten: aus noch fernern Ländern, wenn das Reservoir erschöpft ist, in nicht abreißender Folge. Mit einer endlosen Anheuerung ausländischer Arbeitskräfte, so hat ein kluger Mann in einer Diskussion gesagt, verhält es sich wie mit dem Meerwasser: je mehr

man davon trinkt, umso größer wird der Durst.

Bundesrat H. Schaffner ist daher gut beraten, wenn er – abseits von extremistischen Lösungen – an der Stabilisierungspolitik festhält. Wobei das Postulat von Nationalrat O. Fischer, welche die im Erwerbsleben stehenden Ausländer gegenüber den andern begünstigen möchte, eingehender Prüfung wert ist.

H. G.

Was können wir tun?



orerst möchte ich festhalten: Ich habe neun glückliche Jugendjahre in Frankreich, vier höchst interessante Jahre als Auslandskorrespondent in Bonn verbracht, die USA, Italien und ein Reihe anderer Länder bereist. Überall habe ich in der großen Mehrzahl außerordentlich nette Mitmenschen kennen gelernt, mit denen ich mich ausgezeichnet verstanden habe. Auch in der Schweiz verkehre ich sehr gern mit Menschen aus aller Welt.

Aber ich habe auch immer wieder festgestellt, wie verschieden die Angehörigen jeder Nation die Welt betrachten und sich verhalten, wie sehr auch die Gesellschaft, der Staat und sogar die Wirtschaft der einzelnen Länder von diesen Unterschieden geprägt ist. Portugal ist ein wirtschaftlich rückständiger Diktaturstaat, die deutsche Bundesrepublik perfektionistisch und trotz allem noch etwas unheimlich, Italien neigt zu Anarchie und Korruption, die Schweiz lebt als liberalkonservative Demokratie, weil die Portugiesen, die Deutschen, die Italiener und die Schweizer sind, wie sie sind.

Jeden Tag zeigt uns die Zeitung, wie die Änderung des Charakters von Nationen keine Sache von Jahren, sondern von Jahrhunderten ist – mit einer Ausnahme: wenn sich die Zusammensetzung eines Volkes ändert.

Bereits einmal, zwischen 1900 und 1930, beherbergte die Schweiz bis zu 16 Prozent Ausländer, neben vielen Italienern vor allem Deutsche. Das war an sich noch gefährlicher als die heutige Form der Überfremdung, weil die Deutschen bei uns meist gehobene Berufe ausübten, sich als zur gleichen Kultur gehörig, aber als deren reinere Träger empfanden und sich daher in der Lebensart und im Verhältnis zum Staat meist nicht im geringsten anpaßten.

Unsere Leute, die ausdrückten, was unserer eigenen demokratischen Lebensart entspricht, standen in allen Gebieten der Kultur, in der Kunst, auf der Universität, zum Teil auch schon in der Wirtschaft im zweiten Glied. Unser Volk war im Begriff, seelisch zu verdorren, sein inneres Gleichgewicht zu verlieren. Der tiefe Graben, der in der Zeit des Ersten Weltkrieges Deutschschweizer und Welsche trennte, war nur die sichtbarste der üblen Folgen der damaligen Überfremdung. Es bedurfte einer tiefgreifenden nationalen Besinnung und der Ausreise eines erheblichen Teils der damaligen Fremden, damit das Schweizervolk wieder zu sich kam – wodurch es erst die Grundlage

Neuerscheinung auf ca. 15. Oktober

Jean Louis Christinat

Höhlen, Urwald und Indianer



**Forschungsreisen in Brasilien
Abenteuerbücher im Schweizer Spiegel
Verlag, Bd. II**

Ein Schweizer begründet die
Speläologie in Brasilien
und erlebt atemberaubende
Abenteuer mit den Indianern.
Fr. 17.90

Schweizer Spiegel Verlag Zürich

Auswege

für die heutige Blüte seiner Wirtschaft und Kultur schaffen konnte.

Die Italiener, die seinerzeit als Einzelne bei uns beruflichen Erfolg suchten, ja vielfach sich hier etablieren und Schweizer werden wollten, waren anpassungsfähiger und -williger. Die heutigen Fremdarbeiter aber sind viel stärker durch ihre Anzahl und bilden zudem Gruppen für sich. Das mindert entscheidend ihre Fähigkeit, sich zu assimilieren. Deshalb ist die Gefahrengrenze doch wieder ebenso sehr überschritten wie damals durch die Position der Deutschen. Daß die meisten heutigen Ausländer «unteren» Schichten angehören, verringert zwar ein wenig ihren direkten Einfluß. Aber es zeugt von unglaublichem Hochmut, wenn gesagt wird, deshalb werde die Anwesenheit von bis zu 30 oder 40 Prozent Italienern in manchen Ortschaften auch keine wesentliche Veränderung unseres Volkscharakters herbeiführen. Wer solches behauptet, ist ein Ausländerverächter, nicht derjenige, der vor der Überfremdung warnt!

Es wird auch gesagt, die vielen auflösenden Einflüsse durch Boulevardpresse, internationale Illustrierten-, Zeitschriften- und Fernsehkost, Sex-Welle, Ideologie der Provokation usw. seien viel schädlicher. Aber soweit das zutrifft, werden doch diese Erscheinungen durch die bevölkerungsmäßige Überfremdung gewaltig verstärkt und können wir sie gerade deshalb viel weniger leicht verdauen.

Die Schweiz ist im Begriff, eine Art New York oder Los Angeles Europas zu werden. Aber die dortigen Einwanderer wollen sich anpassen, und die USA haben eine ganz andere Assimilationskraft als wir, dank der einheitlichen Sprache und dem von 200 Millionen gelebten «american way of life». Zudem gibt das Riesenland auch seinen herkunftsmäßig gemischtesten Agglomerationen einen gesicherten, machtvollen politischen Rahmen.

Wir fünf Millionen Schweizer dagegen mit unseren vier Schriftsprachen und mehreren Dutzend kantona-

len und regionalen Eigenarten haben es viel schwieriger, diese gegenüber einer Million Ausländer durchzusetzen. Wir haben deren bereits mehr als Zürcher oder Berner, fast gleichviel wie Romands. Die Italiener bilden einen Block, der schon jenen der drittgrößten schweizerischen Gruppe, der Waadtländer, um drei Viertel übertrifft und gar unsere Tessiner und Italienischbündner vollkommen in den Schatten stellt. Dabei sind wir von mächtigen Nachbarn umgeben, deren Einheitskulturen unsere freiheitlich-demokratische Lebensart auch noch von außen ständig bedrohen. Müssen wir, um deren Kern zu retten, schließlich, wie die Israeli, eine neue Einheitssprache für alle Bewohner unseres Landes schaffen? Oder lassen wir eine Art Schweizer Esperanto entstehen, zum Beispiel «Adesso chaibed ce chaib sopra tout chaibs the chaib ab»?

Import einer anderen Gesinnung

Die meisten Italiener empfinde ich als ungemein sympathisch. Aber sie bringen eine vollkommen andere soziale Einstellung mit. Italien besteht gleichsam aus zwei Völkern: einer Oberschicht, die es sich auf Kosten der andern wohl sein läßt, und der arbeitsamen breiten Masse, welche sich ausgebeutet vorkommt. Ein großer Teil des Volkes ist deshalb politisch extremistisch, aber fast alle haben das Gefühl, im Grund lasse sich doch nichts machen, außer daß man den Staat und die Gesellschaft ausnütze, so gut es geht.

Bei den Fremdarbeitern verstärkt sich meist diese Haltung. Zu unserem Staat und zu unseren Betrieben haben sie an sich noch weniger Beziehung als zu den eigenen «oberen Mächten». Sie fühlen sich noch ausgelieferter. Ihre Sicht, wonach es stets nur ein Oben und ein Unten gibt, verschärft sich, und wir Schweizer wären Engel, wenn wir nicht dieses Bild unwillkürlich übernähmen, da wir darin ja oben sind. Das betrifft zunächst unsere Vorarbeiter, Werkmeister und

Werkstättenchefs, die ihrerseits ob den täglichen Mißverständnissen fast verzweifeln. Mehr oder weniger überträgt sich das Bild aber auf uns alle.

Mit den Arbeitskräften importieren wir die Zwei-Klassen-Mentalität ihrer Herkunftsländer. Das überträgt sich auch auf die Politik. Wir stehen in Gefahr, die demokratische Grundlage unseres Staates preiszugeben, wenn in manchen Gemeinden nur noch die Hälfte der männlichen Einwohner stimmberechtigt sind. Die Fremdarbeiter sind kommunistischen Einflüssen besonders zugänglich. Sie haben aber auch kein Verständnis für den Arbeitsfrieden, den wir in fünfzigjährigen Anstrengungen herbeigeführt.

Warnend macht uns der frühere italienische Konsul Gian Paolo Tozzoli in seinem Buch «Fünf Millionen Gerechte» darauf aufmerksam, daß sich bereits italienische Mafia-Erscheinungen bei uns einzunisten beginnen. Von Italien aus werde versucht, durch zunächst harmlos scheinende Geschenke schweizerische Vorgesetzte immer mehr in die Hand zu bekommen, wobei «erwartet» wird, daß einzelne italienische Arbeiter eine Vorzugsbehandlung erhalten.

Stein am Rhein

Andererseits hat sich der Fall Stein am Rhein anders abgespielt, als es in unserer Presse (auch in einem Leserbrief im Schweizer Spiegel) stand. Der «Kirchenstand» (Kirchenpflege) hatte nicht die alte Steuer von 30 Prozent, sondern wegen der Verdoppelung der Steuerpflichtigen nur noch 22 Prozent vorgeschlagen. Die Italiener hatten wohl unter sich von bloß 10 Prozent gesprochen, nachdem der einheimische Quästor aber den Italienerführer Vincenzo getroffen hatte, sogleich 17 beantragt. Und es scheint, daß die Kirchgemeinde damit gut auskommen wird.

Das Bedenkliche ist, daß die Mehrheit der Einheimischen anscheinend dieser Ansicht war, aber es vorzog, sich von den Südländern die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Stein zeigt also eher, daß die Italiener mindestens in Kirchendingen assimilierbar sein dürften; hingegen wurde die Gefahr sichtbar, daß ihnen die Schweizer die Rolle der Opposition überlassen – was schlimme Folgen haben könnte.

Das Dilemma unserer Unternehmer

Gewiß hat die Hereinnahme so vieler Fremdarbeiter es vielen Schweizern ermöglicht, beruflich und sozial aufzusteigen. Unsere Wirtschaft konnte so ihrerseits eine Reserve Begabter ausnützen, von denen sonst vielleicht manche ausgewandert wären. Wir dürfen nicht alle diese Leute oder ihre Kinder wieder in eine weniger interessante oder weniger gut entlohnte Berufskategorie zurückdrücken. Eine Beschränkung der Ausländerzahl auf 9 Prozent der Gesamtbevölkerung in jedem Kanton, wie sie die zweite Initiative gegen die Überfremdung fordert, kommt vernünftigerweise nicht in Frage.

Aber sogar für unsere Wirtschaft hat die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre große Nachteile gebracht (so Hagmann, *Les travailleurs étrangers – chance et tourment de la Suisse*). In der Industrie wurden manche Betriebe wegen der Verfügbarkeit dieser Arbeitskräfte zu wenig rationalisiert. Andere haben Produktionszweige am Leben erhalten, für die sich unser Land nicht mehr eignet. Administrative und soziale Lasten sind unverhältnismäßig gestiegen. Immer mehr kommen Steuererhöhungen für Schulen, Spitäler usw. und eine größere Streikanfälligkeit der Arbeiterschaft hinzu.

Viele unserer Unternehmer sehen das wohl alles. Aber sie stehen vor einem mehrfachen Dilemma. Einerseits müssen sie die Abwanderung der Schweizer in die Dienstleistungsberufe kompensieren. Sodann sehen sie keinen Weg für eine feste Position des Unternehmens mit weniger Arbeitskräften. Schließlich und vielleicht vor allem macht ihnen das Unpersönliche einer Automatisierung

Auswege aus einer verfahrenen Situation

mehr Angst als die Verfremdung durch die Ausländer. Da ist – so sehen sie es unbewußt – doch mehr Menschliches. So nehmen sie denn gleichsam die Situation in unser Land herein, die früher eine größere Zahl als heute als Auslandschweizer in aller Welt schuf: Schweizer Kader mit anderem Personal. Unsere psychologischen Gaben, die Liebe zum Andersartigen läßt uns da ein Abenteuer wagen, das wir allmählich nicht mehr recht meistern.

Zwei Auswege hat schon vor Jahren der frühere Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge, Dr. Fritz Hummler, aufgezeigt: Es liegen gewaltige Ressourcen an Tüchtigkeit und technischer Begabung, an Sinn für das Praktische und Vernünftige sowie an Einfühlungsgabe in die Bedürfnisse der Konsumenten in unserem Volk. Diese Ressourcen haben den unglaublichen Aufstieg unserer Wirtschaft ermöglicht. Wie können wir sie ebenso rationell, vielleicht sogar noch rationeller nutzen als durch Beschäftigung von Ausländerheeren? Einerseits, indem wir für die eigentliche Fabrikation soweit möglich eigene Betriebe im Ausland aufziehen. Andererseits, indem manche Unternehmen sich viel mehr auf Entwicklungsarbeiten und die weitere Erarbeitung von «know how», gewußt wie, für ausländische Kunden konzentrieren. Die vermehrt aufgekommene Gründung beratender Ingenieur-Büros liegt ebenfalls in dieser Richtung. So könnte auch die kleinbetriebliche Struktur unserer Wirtschaft eher bis zu einem gewissen Grad erhalten bleiben.

Das Herausfinden solcher Möglichkeiten braucht wohl eine gewaltige Arbeit qualifizierter Marktforscher, welche sich besonders unsere kleinen Betriebe nicht leisten können. Vielleicht könnten manche Verbände zu dieser Forscher- und Beratertätigkeit beitragen. Aber auch Steuergelder sind bestimmt selten so sinnvoll angelegt worden, wie es mit der Förderung und Koordination solcher Forschung der Fall wäre.

Besonders für nachhinkende Wirtschaftszweige und Betriebe mit relativ viel Arbeitskräften könnte eine staatliche Stelle zur Erforschung solcher Umstellungen und Rationalisierung nützlich sein. Sie darf natürlich keine Befehlskompetenzen erhalten, aber allein durch die Lieferung von Unterlagen und fundierten Hinweisen vermöchte sie unter der Leitung einer tüchtigen Persönlichkeit gewiß manches zu erreichen.

Oft wird gesagt, im internationalen

Konkurrenzkampf gebe es heute nur Expansion (Wachstum) oder Rückschritt. Das ist aber eine Frage des Maßes. In letzter Zeit hat unsere Bevölkerung wegen der Ausländerinvasion prozentual stärker zugenommen als die expansivste Industrienation der Welt, Japan. Entspräche es nicht der Tradition, die uns stark gemacht hat, Expansion noch vermehrt in der Qualität der Leistung statt in der Quantität, der Zahl der Arbeitskräfte und der Einwohner zu suchen?

Lösung auf drei Wegen

Die Lösung der Überfremdungsfrage muß jedenfalls auf allen möglichen Wegen kräftiger versucht werden. Ich sehe, zusammenfassend gesagt, zur Hauptsache deren drei.

Einmal gilt es, die Integration der Ausländer und die Assimilation jener, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit hier bleiben wollen, und vor allem ihrer Kinder konsequenter zu fördern. Ein Beauftragter sollte im Bund alle Möglichkeiten dazu studieren. Besondere Stellen in den Kantonen und größeren Gemeinden sollen in vermehrtem Maß und mit genügend Mitteln Vorkehren in der Schule, ferner Sozialberatung und Rechtsauskunft, Sprachkurse (mit Mundartstunden) sowie staatsbürgerliche Veranstaltungen für Erwachsene an die Hand nehmen. Zur Lösung müssen aber in erster Linie wir alle mehr beitragen, indem wir Ausländern Kontakt bieten, wenn sie ihn suchen, und private Bestrebungen unterstützen, welche die Assimilation fördern.

Damit diese überhaupt möglich bleibt, nicht ganze Quartiere, Ortschaften oder gar Gegenden ihren Charakter verlieren und das soziale Gefüge — gerade auch im Hinblick auf das Gedeihen der Wirtschaft — nicht aus den Fugen gerät, muß zweitens an Stelle der Zahl der Arbeitskräfte die Gesamtzahl der hier wohnenden Ausländer begrenzt werden. Hier kämen angesichts der sehr ungleichen Verteilung der ausländischen Bevölkerung wohl auch kantonale und kommunale Zusatzregelungen wie Zuwanderungsbeschränkungen für Ausländer mit Kindern in Frage. Im Volk ist dort, wo die Überfremdung am größten ist, die Bereitschaft zu solchen Regelungen am stärksten.

Drittens: die ganzen Maßnahmen sollen der Wirtschaft und den beruflichen Aspirationen unserer tüchtigen Bevölkerung auf die Dauer nützen und nicht schaden. Das ist sicher leichter gesagt als getan. Aber wenn, wie heute, keine Stelle da ist, der die Untersuchung dieser Frage als alleinige Aufgabe zugewiesen ist, ist es unverantwortlich, zu sagen, es gebe keine solche Lösungen. Finden werden wir sie freilich nur, wenn sie von allen gemeinsam gesucht wird, denen es um das Gemeinwohl geht: seien sie in erster Linie Promotoren der wirtschaftlichen Leistung, Verfechter der Menschenrechte oder Wahrer der Eigenart.

